



HAL
open science

Wie man Politik mit städtischer Gewalt macht.

Fabien Jobard

► **To cite this version:**

Fabien Jobard. Wie man Politik mit städtischer Gewalt macht.: Sechs Thesen. Fabien Jobard; Daniel Schönflug. Politische Gewalt im städtischen Raum, de Gruyter, pp.35-58, 2019, 978-3-11-065361-8. halshs-02412442

HAL Id: halshs-02412442

<https://shs.hal.science/halshs-02412442>

Submitted on 17 Dec 2019

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Fabien Jobard

Wie man Politik mit städtischer Gewalt macht: sechs Thesen

Die Stadt scheint heute wieder ein Ort der Politik geworden zu sein. Städtische Plätze wie *La Fuente del Sol* in Madrid, die *Place de la République* in Paris, der *Zucotti Park* in New York, der *Gezi Park* auf dem *Taksim* in Istanbul, der *Tabrir* in Kairo sind jetzt als Orte und Symbole des Protests bekannt. Durch Bewegungen wie die *Occupiers* in New York und die *Indignados* in Madrid verbreitet sich eine neue Form der politischen Demonstration: die Platzbesetzung. Die internationalen Strömungen, die sich in der zweiten Dekade der 2000er Jahren entfaltet haben und gleichermaßen nationale wie globale Probleme adressieren, haben ihre Wurzeln in Städten und erwachsen nicht selten aus dem unmittelbaren städtischen Umfeld – etwa aus Stadtsanierungsprojekten oder der Modernisierung von Infrastrukturen. Dennoch beanspruchen sie, sich von den etablierten Modi der Politik abzuwenden. Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer an Platzbesetzungen lehnt darüber hinaus jede Form der Gewaltausübung ab und akzeptiert sie ausschließlich als Abwehr gegen Angriffe der Polizeikräfte – wie in New York, London, Paris, Madrid, Istanbul und in besonders blutiger Weise in Kairo. Mit Blick auf diese jüngsten Fälle politischen Protestes in Stadtzentren auf der ganzen Welt scheinen „Politik“ und „städtische Gewalt“ also zunächst im Gegensatz zueinander zu stehen.

Doch dieser Eindruck täuscht. In diesem Beitrag soll es um die Frage gehen, wie – jenseits der öffentlichkeitswirksamsten Formen der politischen Mobilisierung in Städten – in der Gegenwart mit städtischer Gewalt Politik gemacht wird. Dazu wird zunächst der Begriff „städtische Gewalt“ geklärt, da er Ursache einer Reihe von Missverständnissen ist. Sodann werden, auf der Grundlage der verfügbaren empirischen Studien zum Thema, sechs Thesen diskutiert: Erstens wird gezeigt, dass es zwar gängig, aber überaus problematisch ist, Unruhen in Städten schlicht als „Hungerevolten“ abzutun und ihnen damit jede politische Agenda abzusprechen. Zweitens wird das geläufige Argument widerlegt, dass es sich bei städtischer Gewalt nur um politische Aktionen auf einer niederen Stufe handelt, um die gleichsam „vorpolitische“ Form der *consumer riots*, denen als einziges politisches Motiv der Wunsch nach Teilhabe an den Verheißungen der kapitalistischen Gesellschaft zugesprochen wird. Beide Annahmen sind problematisch, da sie verkennen, dass kollektive Gewalt in der Stadt, auch wenn sie ohne explizite politische Wortmeldungen erfolgt, in vielen Fällen durch ihr Verhältnis zu und ihren Umgang mit dem urbanen Raum politisch lesbar und wirkungsvoll wird. Auf dieser Erkenntnis ruhen die folgenden Thesen auf: So argumentiere ich drittens, dass städtische Gewalt – dies ist an Beispielen aus der

gesamten Welt nachweisbar – in Zusammenhang mit Veränderungen des Stadtraums steht. Viertens zeige ich, in welchem Maße bestimmte Zonen des Stadtraums durch polizeiliche Maßnahmen und rechtliche Rahmenbedingungen, aber auch durch das Verhalten von Aufständischen zu klar abgegrenzten Schlachtfeldern mit verlässlich definierten Regeln werden. Dies ist fünftens die Grundlage dafür, dass städtische Gewalt als Strategie zur Durchsetzung lokalpolitischer Interessen sehr wirkungsvoll sein kann; gleichzeitig spricht es dagegen, dass sie Anstoß für revolutionären Umbruch auf gesamtstaatlicher Ebene ist. Die sechste These ist jedoch Anlass darüber zu reflektieren, wie lokales Gewaltgeschehen durch nationale Prozesse der Politisierung dennoch Einfluss auf die „große“ Politik haben kann.

Der Begriff „städtische Gewalt“

Vielleicht liegt es an der Annahme, dass es in Deutschland keine solchen Geschehnisse gibt,¹ dass der Begriff „städtische Gewalt“ in der deutschsprachigen wissenschaftlichen Literatur kaum gebraucht wird oder nur um Phänomene aus dem Ausland – insbesondere aus Frankreich, zu beschreiben.² Wenn der Begriff „städtische Gewalt“ als deutscher Begriff für die französischen *émeutes urbaines* oder die anglo-amerikanischen *unrest* und *riots* verwendet wird,³ führt dies häufig zu Missverständnissen. Zum Beispiel kann *urban unrest* in den Vereinigten Staaten sowohl *race riots* bezeichnen, als auch – wenn auch viel seltener – *police riots*, womit die Rolle der Polizei bei der Entstehung eines solchen Konfliktes herausgestellt wird.⁴

¹ Siehe dazu Tim Lukas, „Why are there no riots in Germany?“, in: David Waddington, Fabien Jobard & Mike King (Hg.), *Rioting in the UK and France: A Comparative Analysis*, Cullompton: Willan, 2009, 107-123; Dietmar Loch, „Pourquoi n’y a-t-il pas d’émeutes urbaines en Allemagne?“, in: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 34, 2 (2008): 281-306; Carsten Keller, „Französische Zustände überall? Segregation und die Dispersion von Konflikten in europäischen Städten“, in: Bernd Belina, Norbert Gestring, Wolfgang Müller & Detlev Sträter (Hg.), *Urbane Differenzen: Disparitäten innerhalb und zwischen Städten*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 2011, 231-249. Eine Gegenposition formuliert Laura Naegler, „Vom kriminellen Raum zum widerständigen Raum. Gentrifizierungswiderstand im Hamburger Schanzenviertel“, in: *Kriminologisches Journal* 45, 3 (2013): 195-209. Vgl. auch den Beitrag von Moritz Rinn in diesem Band.

² Ein Blick in *google scholar* zeigt, dass sich die Veröffentlichungen zum Thema am häufigsten mit Frankreich beschäftigen, seltener mit Brasilien oder den USA. Bemerkenswert ist aber, dass das data-mining-tool *Ngram Viewer* in deutschsprachigen *google books*-Publikationen zwischen 1900 und 2008 die Häufigkeit des Terminus „städtische Gewalt“ als viel niedriger angibt als die des englischen Terminus „riots“. Ab den 1970er Jahren und bis etwa zum Jahr 2000 wird der Begriff „städtische Unruhen“ doppelt bis vierfach häufiger gebraucht als der Terminus „städtische Gewalt“. Seit dem Jahr 2000 kommt „städtische Gewalt“ dann häufiger vor als „städtische Unruhen“. „Riot“ bleibt aber in deutschsprachigen Büchern bei weitem das am meisten verwandte Wort. (Vgl. Fabien Jobard & Philippe Greif, „Riot – warum denn riot? Gibt es keinen deutschen Begriff dafür?“, in: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 4, 1 (2016): 131-142.

³ Aus den *google books*-Publikationen von 1800-2000 werden durch eine Analyse mit dem *Ngram Viewer* Konstellationen im semantischen Feld sichtbar. Der Begriff „unrest“ wird er in den letzten hundert Jahren in diesem Sample gleich häufig gebraucht wie der Begriff „riot“.

⁴ In den *google-books*-Publikationen von 1800-2000 zeigt sich ein deutliches Übergewicht des Begriffs „race riots“ im Verhältnis zu „police riots“, der hauptsächlich in der klassischen Studie von Rodney Stark gebraucht wird (*Police Riots: Collective Violence and Law Enforcement*, Belmont/Cal.: Wadsworth, 1972).

Das Hauptproblem des Begriffs liegt aber darin, dass „städtische Gewalt“ die Grenze zwischen physischer Gewalt gegen Personen, die auch zum Tode führen kann, und Beschädigung, Zerstörung und Plünderung, also Angriffe auf Güter oder Aneignung von Gütern, verwischt. Dies kann anhand zweier vergleichbarer Gesellschaften gezeigt werden: In den USA bezeichnet „städtische Gewalt“ vornehmlich Plünderungen und Mordanschläge, während in Frankreich derselbe Begriff eher Zerstörungen und Angriffe auf Polizisten – meistens ohne Todesfolge – beschreibt. Hier ist es wichtig zu bemerken, dass Gewalt in beiden Fällen sowohl Angriffe gegen Güter, als auch gegen Individuen oder Träger des Gewaltmonopols bezeichnet und daher ein wegen seiner Unschärfe überaus problematischer Begriff ist, der auf ganz unterschiedliche Situationen angewandt wird.

Wir bewegen uns also in einem semantischen Feld von höchster Unbestimmtheit. Dazu trägt auch die Tatsache bei, dass *riot*, „Gewalt“ oder *émeute* Tatbestände der jeweiligen Strafgesetze sind: *Riot* und *violent disorder* wurden nach den Unruhen der späten 1970er und der ersten Hälfte der 1980er als Rechtstatbestände zum britischen *Public Order Act* von 1986 hinzugefügt und mit einer Geldstrafe oder bis zu zehn Jahren Haft belegt. Eine gewisse Handlung als *riot* zu bezeichnen, birgt daher immer die Gefahr, als eine Anklage im juristischen Sinne wahrgenommen zu werden. Folglich werden Wörter zum Gegenstand eben jener Kämpfe um die Definition der Geschehnisse, sodass die Aktivisten der Banlieus in Frankreich sich zugunsten des edlen Wortes *révolte* vom Begriff *émeute* verabschiedet haben. Wenige taten dies allerdings aufgrund genauer Sachkenntnis. Der Sprachwandel folgte vielmehr dem berühmten *Bonmot* von Pierre Bourdieu: „Wenn es überhaupt eine Wahrheit gibt, liegt sie darin, daß Wahrheit bloßes Ergebnis von Kämpfen ist.“⁵ Im Endeffekt lässt sich die städtische Gewalt nicht verstehen, ohne über die Wörter und Begriffe zu reflektieren, die zu ihrer Beschreibung gebraucht werden.⁶ Wie so oft wird im Deutschen auf einen englischen Begriff zurückgegriffen, *riots*, um einer exakten Definition des Gegenstandes zu entkommen. Damit werden so unterschiedliche Geschehnisse wie Ausschreitungen in Hamburg anlässlich des G20-Gipfels, Plünderungen in den französischen Banlieus oder Zusammenstöße von Schwarzen mit hoch-militarisierten Polizeieinheiten in Ferguson (Missouri) bezeichnet. Ohne eine Debatte, bei der es nicht bloß um Worte geht, zu

⁵ Pierre Bourdieu, „Une classe objet“, in: *Actes de la recherche en sciences sociales* 17-18, 1 (1977): 2. Dieses Glaubensbekenntnis der bourdieutremen französischen Soziologie ist der Ausgangspunkt des Beitrages von Gérard Mauger, und er liegt auch dessen Begriff „émeutes de papier“ zugrunde, der die Kämpfe der Verfechter von herrschenden Positionen im politischen und medialen Feld Frankreichs beschreibt, welche den Aufständen von Oktober-November 2005 Sinn verleihen (Gérard Mauger, *L'émeute de novembre 2005: une révolte protopolitique*, Bellecombe-en-Bauges: Éditions du Croquant, 2006).

⁶ Dazu auch: Janna Frenzel, Philippe Greif, Fabian Klein & Sarah Uhlmann, „Riots. Zur Verortung eines unscharfen Phänomens“, in: *sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 4, 1: 7-24.

schnell zu beenden, würde ich als Arbeitsdefinition vorschlagen, dass städtische Gewalt in kollektiver Gewalt gegen Eigentum oder gegen Menschen besteht, deren Akteure hauptsächlich Bewohner in dem betreffenden Gebiet sind. Obwohl von Plünderungen und Konfrontationen mit der Polizei geprägt, sind so beispielsweise die Ereignisse wie die Proteste während des G20-Gipfels in Hamburg ausgeschlossen, da die Protestierenden aus ganz Europa kamen und der städtische Raum deshalb mehr Bühne als Motiv war.

Diese vorläufige Definition, die keineswegs auf alle in diesem Band beschriebenen Phänomene zutrifft, enthält allerdings noch nicht die Antwort auf die Frage, ob und in welcher Weise vielfältige städtische Gewaltphänomene als Formen politischer Teilhabe betrachtet werden können. Im Folgenden werde ich sechs Thesen über den Zusammenhang von städtischer Gewalt und Politik diskutieren.

These 1: Städtische Gewalt als Nicht-Politik

Zunächst muss auf eine irreführende Art und Weise eingegangen werden, städtischer Gewalt jedwedes politische Motiv, gar jede rationale Agenda abzusprechen. Diese Auffassung, städtische Gewalt als eine reine Angelegenheit des Bauches aufzufassen, ist recht verbreitet. Der Ausdruck „Hungreraufstände“ verweist auf eine derartige Vorstellung. Die sich hier entladende Gewalt ist allein vom Körper diktiert, und sie steht der Vernunft angeblich diametral entgegen. Für religiöse oder inter-ethnische städtische Gewalt werden ähnliche Erklärungsmuster angeboten. So geht man etwa davon aus, dass sich Stammesfehden ab und zu in städtischer Gewalt „entladen“. Empirisch sind diese Annahmen, wie im Folgenden gezeigt wird, allerdings widerlegt worden.

So hat Javier Auyero für die argentinischen „Hungerrevolten“ gezeigt, dass die Menge dort gezielt agiert.⁷ Es gäbe sogenannte *brokers*, die die plündernden urbanen Massen von den großen Supermärkten *Carrefour* und *Auchan* ablenkten und eher die kleinen Geschäfte als Ziele definierten. Wer sind diese *brokers*? Es handelt sich um Menschen, die unter normalen Umständen ihren Lebensunterhalt damit bestreiten, Verbindungen zwischen den politischen Parteien und den Bewohnern der Kieze herzustellen. Ihr Geschäft besteht darin, den Tausch von Essen gegen Wählerstimmen zu organisieren und Hilfskräfte für Wahlkämpfe oder Teilnehmer für politische Versammlungen zu rekrutieren. Soziale Frustration nicht an den großen internationalen Supermarktketten zu entladen, heißt, Wut abzulassen, ohne dass die Interessen

⁷ Javier Auyero, „The political makings of the 2001 lootings in Argentina“, in: *Journal of Latin American Studies* 38, 2 (2006): 241-265.

der Auftraggeber der *brokers* in Gefahr geraten – also eben jener lokalen Politiker, die von *Auchan* und *Carrefour* finanziert werden. Es besteht insofern eine Verbindung zwischen Normalität und Aufstand, die Auyero mit Verweis auf den Anthropologen Paul R. Brass, der die *communal riots* Indiens untersucht hat,⁸ das „institutionalisierte Aufstandssystem“ nennt.

Einige der raffiniertesten soziologischen Deutungen von Aufständen als „blinder“ kollektiver Gewalt verwenden überdies den Begriff der „Gewaltkultur“, die angeblich das Merkmal der *underclass* sein soll. Die Vorstellung, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen in der Stadt sich, sobald sich die Möglichkeit dazu bietet, zu ungezielten und rachsüchtigen Wutausbrüchen hinreißen lassen, hat noble sozialwissenschaftliche Wurzeln. Der Begriff des „Lumpenproletariats“ wurde von Marx und Engels in der Auseinandersetzung mit den Pariser Aufständen des Juni 1848 erfunden, um „verkommene und abenteuerliche Ableger der Bourgeoisie, Vagabunden, entlassene Soldaten, entlassene Zuchthaussträflinge, entlaufene Galeerensklaven, Gauner, Gaukler, Tagediebe, Taschendiebe, Taschenspieler, Spieler, Zuhälter, Bordellhalter, Lastträger, ... Bettler, kurz, die ganze unbestimmte, aufgelöste, hin- und hergeworfene Masse“⁹ zu beschreiben, also Gruppen, die angeblich *per se* eine hohe Affinität zur Gewalt haben.

Doch auch diese Vorstellung der städtischen Gewalt als Ausdrucksmittel reaktionärer und instinktgesteuerter suburbaner Klassen ohne jedwedes politisches Bewusstsein ist nicht unwidersprochen geblieben. So haben Louise und Charles Tilly am Ende der 1960er Jahre bewiesen, dass in den Revolutionen von 1848 keine Gruppe in Erscheinung trat, die mit dem marxischen Begriff des Lumpenproletariats sinnvoll zu beschreiben wäre. Sie zeigen vielmehr, dass die Arbeiter, die von der provisorischen Regierung als Vorwand für die Repression gegen die Arbeiterbewegung genutzt wurden, sich in keiner Weise vom Rest der Arbeiterschaft unterschieden. Auf der Grundlage dieser Forschungsergebnisse arbeitete der Historiker Charles Traugott zehn Jahre später heraus, dass sich die verschiedenen Gruppen der Arbeiterschaft von 1848 nicht durch ihr jeweiliges Sozialprofil, nicht durch ihre Klassenzugehörigkeit, voneinander unterschieden, sondern in ihrem Verhältnis zur Politik.¹⁰ Ein Teil der Arbeiterschaft ließ sich von der Regierung gegen einen anderen aufhetzen, im Kern des Aufstands und von dessen Repression steht daher eine politische Strategie, nicht Klassenkampf oder Not.

⁸ Paul R. Brass, *Riots and Pogroms*, New York: New York University Press, 1996, 12.

⁹ Karl Marx, „Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, in: *Marx-Engels-Werke*, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 8, Berlin: Dietz Verlag, 1960, 121.

¹⁰ Mark Traugott, *Armies of the Poor: Determinants of Working-Class Participation in the Parisian Insurrection of June 1848*, Princeton: Princeton University Press, 1985.

Noch Mitte der 1960er Jahre fühlte sich der amerikanische Soziologe Gary Marx dazu verpflichtet, sich gegen die verbreitete Annahme zu stemmen, dass städtische Gewalt in den USA eine Form von *issueless riots* sei.¹¹ Paul R. Brass, der seine Forschungen als Anthropologe den sogenannten *communal riots* in Indien gewidmet hat, hat sich immer gegen die Vorstellung einer genuinen religionsgebundenen Gewaltbereitschaft der indischen Stadtbewohner ausgesprochen. Ihm war es besonders wichtig, so wie Auyero in Argentinien, die soziale Organisation der städtischen Gewalt aufmerksam zu beobachten, insbesondere jene Akteure, die er als „Aufstandsingenieure“ bezeichnet hat.¹² Diese lenkten durch die gezielte Verbreitung von Gerüchten und Feindbildern, bzw. später von Waffen, die *communal riots*. Jüngstes Beispiel sind die Aufstände in Mumbai von 1992, die annähernd 2000 Menschenleben kosteten. Brass' Fazit ist eindeutig: Gewalt ist als „eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ anzusehen.

These 2: Städtische Revolten als „Konsumentenproteste“

Neben dem Versuch, städtischer Gewalt jede politische Motivlage schlechterdings abzusprechen, gibt es jedoch auch irreführende Arten und Weisen, ihr unzutreffende politische Motive unterzuschieben. Nach den Londoner *riots* von 2011 herrschte ein überraschender Konsens unter den Beobachtern, dass diese Geschehnisse als *consumer riots* bezeichnet werden sollen und es nicht verdienen, als politische Aufstände aufgefasst zu werden. Die Stellungnahmen des britischen Premierministers David Cameron basierten auf der Unterscheidung zwischen der Aneignung von Gütern einerseits und Politik andererseits. Vor dem *House of Commons* erklärte Cameron schon am 11. August: „Fernsehgeräte mit Flachbildschirmen stehlende und Läden in Brand setzende Jugendliche haben nichts mit Politik zu tun, nur mit Raub.“¹³

Einige sozialwissenschaftliche und philosophische Beobachter waren immerhin bereit, Konsumwünsche als eine passive Form der Politisierung anzuerkennen. Einige Tage nach den ersten Ausschreitungen in London erklärte Zygmunt Bauman, die Geschehnisse seien keine „hunger or bread riots“, sondern „riots of defective and disqualified consumers“¹⁴. Eine gewisse Politisierung sei in diesen Handlungen zu erkennen, da sie in einer Welt der Sakralisierung des

¹¹ Gary T. Marx, „Issueless riots“, in : *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 391 (1970): 21-33.

¹² Brass, *Riots and Pogroms*, 14-15.

¹³ Diese Zitate stammen aus der Rede des *Prime Ministers* im *House of Commons* am 11. August 2011 (Hansard, 11. Aug. 2011, col. 1054). Der Ausdruck „sinnloser Egoismus“ entstammt einer Wortmeldung von David Cameron am 10. August 2011 in *Downing Street*.

¹⁴ Zygmunt Bauman, „The London riots: On consumerism coming home to roost“, in: *Social Europe* [online am 9.11.2011; konsultiert 2017; nicht mehr verfügbar].

Konsums und seiner Erhebung zu einer „echten Eschatologie“¹⁵ als ein Aufstand der Nicht-Habenden gegen den „Mangel jener menschlichen Würde“¹⁶ anzusehen seien. Diese „Zerstörungssorgie“ transportiere jedoch keine politische Botschaft im eigentlichen Sinn, da sie eigentlich nur in der bloßen „Imitation“ der jetzigen Konsumgesellschaft bestehe und keinerlei Willen zu einer „Gesellschaftsänderung“ gezeigt habe.¹⁷ Der Gründer der *Birmingham School*, Stuart Hall, zeigte die gleiche Enttäuschung über materiell motivierte kollektive Handlungen, da sie auf ein Ausmaß der Entfremdung und Besessenheit verwiesen, das kaum noch auf Spuren von politischen Strategien schließen ließe. „Ich habe mich im Kampf für die *cultural studies* eingesetzt, da ich die Einsicht nicht teilte, dass das Leben ausschließlich aus Wirtschaftskräften besteht [...] Bestimmte Jugendliche am unterem Ende der sozialen Leiter sind völlig entfremdet, sie haben die Botschaft von Thatcherismus, Blairismus und der Koalition (Cameron und der *Liberals*) übernommen, und sie verfügen über keine politische Stimme.“¹⁸ Während für Stuart Hall mit dieser Erkenntnis auch eine persönliche Enttäuschung verbunden war, da er gehofft hatte, in den Plünderungen Belege für seine materialistischen Überzeugungen zu finden, kam Slavoj Žižek zu der Schlussfolgerung, dass „die ‚UK rioters‘ gleichermaßen wie die brennenden Autos in den Pariser Banlieues 2005 keine Botschaften vermittelten“, ja dass sie im Hegelianischem Sinne bloßes „Gesindel“ oder gar eine „abstrakte Negativität“ wären.¹⁹

Gegen solche mehr oder minder verächtlichen Charakterisierungen des politischen Wesens der ‚rioters‘ als negative Kräfte, als Spiegel der Konsumgesellschaft oder – wie in der Marxschen Beschreibung des Pöbels – als unbewusste Mithelfer reaktionärer Kräfte haben Sozialwissenschaftler wie Loïc Wacquant versucht, das Politische in der städtischen Gewalt herauszuarbeiten.²⁰ Die Gewaltäußerungen seien zwar nicht mit artikuliertem Protest verbunden, auch sind die Aufrührer weder in politischen Gruppen organisiert, noch ist ein Wortführer mit einer klaren Forderung erkennbar, aber es handele sich dennoch um Gewalt mit politischem Hintergrund oder politischer Bedeutung. Von Wacquant und anderen wird diese Gewalt als „proto-“ oder „vor-politische“ Gewalt bezeichnet und dies im klaren Rückgriff auf englische Historiker des Banditenwesens wie E.P. Thompson und Eric Hobsbawm.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Diese beiden Zitate stammen aus dem Interview „Zygmunt Bauman on the UK riots“, in: *Social Europe* [online am 11.8.2011, konsultiert am 4.3.2019] <https://www.socialeurope.eu/2011/08/interview-zygmunt-bauman-on-the-uk-riots/>.

¹⁸ Stuart Hall, „The Saturday Interview: Stuart Hall“, in: *The Guardian*, 11. Feb. 2012.

¹⁹ Slavoj Žižek, „Shoplifters of the world unite“, in: *London Review of Books*, 11. Aug. 2011.

²⁰ Loïc Wacquant, „Die Wiederkehr des Verdrängten: Unruhen, ‚Rasse‘ und soziale Spaltung in drei fortgeschrittenen Gesellschaften“, in: Robert Castel & Klaus Dörre (Hg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt & New York: Campus, 2009, 104.

Solche irreführenden Auffassungen vom politischen Gehalt städtischer Gewalt werfen eine Reihe von Problemen auf, von denen im Folgenden zumindest drei angesprochen werden sollen:

Erstens muss ganz allgemein festgehalten werden, dass die Auffassung, Gewalt sei schlicht das Gegenteil einer Wortmeldung, genauso falsch ist, wie die Gegenmeinung, die Plünderungen und Gewalt als unmittelbarer Ausdruck eines politischen Willens zu deuten sucht. In letzterem Sinne sagte etwa Martin Luther King schon 1966: „Riots sind die Sprache der Ungehörten.“²¹ Dabei ist es nicht die Gewalt an sich, die Ansprüche formuliert. Um die Botschaften zu vernehmen, muss man sich die Mühe machen, Rap zu hören oder sich die Diskussionsforen im Internet anzuschauen, wo sogar die Frage der Legitimität der Gewaltanwendung diskutiert wird. Was als eine Wortmeldung gilt, ist immer von den Machtverhältnissen bestimmt, und der Zugang zum öffentlichen Raum ist streng reglementiert. Das schließt aber nicht aus, dass sich Diskussionsräume abseits des etablierten öffentlichen, medialen Raumes entwickeln.

Zweitens erweist sich die Aufteilung zwischen Wort und Tat, zwischen Politik und Konsum bei näherem Hinsehen als künstlich – wie dichotomische Aufspaltungen so oft. Politischer Protest enthält immer eine starke Spaßdimension, wie auch Parolen, Transparente, Verkleidungen in ganz konventionellen Demonstrationen zeigen. Umgekehrt können risikoreiche, lustsuchende und natürlich auch habgierige Handlungen politische Dimensionen haben. Konsumorientierung schließt das Politische nicht aus, wie zum Beispiel die Mehrzahl der Aufstände in afrikanischen Städten zeigt: Dort wird Politik häufiger als in Europa in Taten als in Worten gelebt, die Kritik wird als Praxis betrieben. Plünderung ist dort sowohl illegale Aneignung von Gütern (*consumer riots*), impliziert aber auch strategische Auswahl der ausgeplünderten Läden (z.B. die der chinesischen oder libanesischen Eigentümer in Bamako) und deutliche Worte an die Politik, etwa die Forderung der Umverteilung der Ressourcen: „Eine strategische Beziehung zur Gewaltausübung [...] schließt in keiner Weise die Teilnahme an Plünderungen aus, in denen sich sozialer und politischer Haß gegen die Mächtigen mit Rache und materiellem Vergnügen vermischt.“²²

Drittens scheint der Begriff des „Proto-“ oder „Vorpolitischen“ eine Teleologie zu implizieren, derzufolge es eine höhere Stufe gibt: nämlich die der reinen, institutionalisierten Politik. Durch

²¹ Martin Luther King, *Interview with Mike Wallace*, CBS Reports, 27. September 1966.

²² Zu Plünderungen in Bamako siehe Johanna Siméant, *Contester au Mali. Formes de la mobilisation et de la critique à Bamako*, Paris: Karthala, 2014, 100; allgemein zum Zusammenhang zwischen Revolte und Konsum s. Stephan Malinowski & Alexander Sedlymaier, „1968 als Katalysator der Konsumgesellschaft. Performative Regelverstöße, Kommerzielle Adaptionen und ihre gegenseitige Durchdringung“, in: *Geschichte und Gesellschaft* 32 (2006): 238-267.

einen solchen Evolutionismus²³ verkennt man aber das Politische in der städtischen Gewalt. Denn es geht den Gewaltakteuren nicht vornehmlich darum, Politik zu machen, sondern sie richten ihr Engagement vor allem darauf, mit Gewalt *gegen* die Politik zu protestieren. Die an städtischer Gewalt Beteiligten wollen vor allem ihren Abstand zum politischen System markieren. Es geht also um Politikverdrossenheit, Politikverweigerung und Nicht-Politik. Während meiner teilnehmenden Beobachtung in französischen Vororten, wo Bewohner gewalttätig gegen Polizeigewalt vorgehen, konnte ich eine ambivalente und zugleich reflektierte Haltung gegenüber der Politik wahrnehmen.²⁴ So gab es unter den gewaltbereiten Akteuren ein ungewöhnlich starkes Interesse für Politik, insbesondere für Lokalpolitik, zugleich aber auch eine tiefe Verurteilung des politischen Geschäftes als Ort der ehrlosen Kompromisse bzw. der weltlichen Sünden. Religion spielt in meinen Beobachtungen in Frankreich tatsächlich eine Rolle, jedoch nicht als eine Institution, die die Radikalisierung von unpolitischen Jugendlichen organisiert und vorantreibt, sondern als allgemeine Weltanschauung. Wie man in den Aufständen von 2005 in Frankreich oder in den nordenglischen Städten Ende der 1990er Jahre sah, entpuppten sich die religiösen Akteure in solchen Geschehnissen als unfähig, Gewalt einzudämmen, die sich selbst als heiligen Zorn inszeniert. Die städtische Gewalt lehnt jede Form des politischen Zugeständnisses ab, auch wenn diese im Gewand des Priesters oder des Imams daherkommt. Sie lässt aber auch wenig Raum für Propheten, die aus der Situation Vorteil zu ziehen versuchen: Die städtische Gewalt wirkt nur im Moment und entzieht sich jedem Versuch der Verstetigung. Nur so lässt sich erklären, dass etwa in Kairo am Anfang der 1990er Jahre radikale Islamisten Kaffee oder Tee in christlichen Lokalen tranken, die sie am Tag davor zu zerstören versucht hatten.²⁵ Es soll auch daran erinnert werden, dass der Karneval eine gebräuchliche Form der städtischen Gewalt war; der große US-amerikanische Historiker Charles Tilly sieht das *Charivari* gar als Vorform der politischen Demonstration.

Die Begriffe des Protopolitischen oder Vorpolitischen sind also ebenfalls nicht geeignet, um das Politische in der städtischen Gewalt sichtbar zu machen. Worauf es mir im Folgenden ankommt, ist daher zu zeigen, dass soziologische Untersuchungen von Gewaltabläufen nicht nur ihren hohen Organisationsgrad deutlich machen, sondern dass sie auch immer auf die Normalität der politischen Verhältnisse der Städte bezogen sind. Ich werde zeigen, dass stets ein politisches Element in der städtischen Gewalt vorhanden ist und dass professionelle Akteure – oder

²³ Johanna Siméant, „Three bodies of moral economy: the diffusion of a concept“, in: *Journal of Global Ethics* 11, 2 (2014): 163-175.

²⁴ Fabien Jobard, „Die Aufstände in Frankreich. Politisierungsformen des urbanen Elends“, in: Ellen Bareis & Thomas Wagner (Hg.), *Politik mit der Armut: Europäische Sozialpolitik und Wohlfahrtproduktion ‚von unten‘*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 2015, 240-260.

²⁵ Patrick Haenni, *L'ordre des caïds: conjurer la dissidence urbaine au Caire*, Paris & Kairo: Karthala/CEDEJ, 2005.

zumindest Halb-Profis der Politik – involviert sind, die versuchen, aus dem Gewaltausbruch Profit zu schlagen. Um diesen Zusammenhang zu verstehen, bedarf es einer Interpretation der städtischen Gewalt, die vor allem ihre räumliche Dimension in Rechnung stellt. In den nun folgenden vier Thesen werde ich dies verdeutlichen.

These 3: Städtische Gewalt und Veränderungen des Stadtraums

Auch wenn es als Binsenwahrheit erscheinen mag, werde ich zunächst an die auch in der Einleitung dieses Bandes entwickelte Tatsache erinnern, dass die Stadt nichts anderes als ein Dispositiv zur Verteilung einer bestimmten Ressource darstellt, nämlich des Raumes. Von daher ist es eine naheliegende Annahme, dass städtische Gewalt ausbricht sobald sich Änderungen in der Raumverteilung vollziehen oder zumindest die Sorge besteht, dass sich solche ereignen könnten. Die US-Amerikanerin Janet Abu-Lughod hat in ihrem Buch *Race, Space, and Riots* darauf hingewiesen, dass die städtischen Revolten in den Vereinigten Staaten des 20. Jahrhundert immer mit Veränderungen des Raumes begonnen haben.²⁶ Darauf deutet schon die Forderung „End Jim Crow in Housing“ hin, mit welcher die New Yorker Rebellen von 1935 auf die Straße zogen. Auch die Revolten von Los Angeles 1992 waren nicht nur ein Protest gegen ungeahndete Polizeübergriffe. Vielmehr standen sie in unmittelbarem Zusammenhang mit der Ansiedlung von Koreanern in den Stadtteilen, die von den Hispanics und den Afro-Amerikanern seit mindestens drei Jahrzehnten bewohnt wurden.²⁷ Es heißt daher auch einer rassistisch verengten Perspektive aufzusitzen, wenn man im Einklang mit manchen Medienberichten denkt, dass damals nur Schwarze an den Unruhen teilnahmen. Tatsächlich waren auch viele Latinos unter den Festgenommenen. Anlass der Revolte war – wie allgemein bekannt – der Freispruch der Polizisten, die ein Jahr zuvor den schwarzen Autofahrer Rodney King verprügelt hatten. Doch die tieferen Beweggründe für die Gewalt sind eher in der Raumordnung zu suchen.²⁸

In der Raumverteilung liegt vielleicht auch eine Erklärung für die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten seit den 1980er vergleichsweise wenig städtische Gewalt erlebt haben. Sicherlich muss

²⁶ Janet L. Abu-Lughod, *Race, Space, and Riots in Chicago*, New-York, Los Angeles & Oxford: Oxford University Press, 2007.

²⁷ Michael Rosenfeld, „Celebration, politics, selective looting and riots: A micro level study of the Bulls Riot of 1992 in Chicago“, in: *Social Problems* 44, 4 (1997): 483-502.

²⁸ In südlichen Ländern, wo Städte rasches Wachstum und entsprechende Entwicklungsprobleme erleben, werden Aufstände meistens als Hungerrevolten bezeichnet, sind aber oft in erster Linie Kämpfe um die Verteilung von städtischen Ressourcen. Ein Beispiel aus einem Agrarland liefert: Siméant, *Contester au Mali*, 92-93. Sie berichtet über Aufstände, die sich anlässlich des Baus einer Mülldeponie im Jahr 2008, der Zwangsräumung einer von einem lokalen Führer genutzten Wohnung oder des Mangels verkehrsbezogener Sicherheitsausstattungen im Jahr 2009, von Polizeiübergriffen oder einer Zwangsräumung eines von lokalen Jugendlichen als Fußballfeld genutzten Freiraums im Jahr 2010 entzündet haben.

man dabei auch die Zahl von Morden und Gefangennahmen junger afro-amerikanischer Männer in Rechnung stellen, die sich seit der Erklärung des *war on drugs* durch Ronald Reagan und der Einführung des *mandatory sentencing* ins amerikanische Strafverfahren massiv erhöht hat.²⁹ Der jüngst verstorbene ehemalige Vorsitzende der US-amerikanischen Gesellschaft für Geographie, Michael Katz, wies zudem darauf hin, dass in den US-amerikanischen Großstädten längst nicht mehr um den Raum gekämpft werde. Weiße Bürger hätten mittlerweile die Stadtzentren verlassen und damit auch ihren Anspruch auf die ehemaligen Schlachtfelder aufgegeben. *Why Don't American Cities Burn?*³⁰ lautet der Titel von Katz' letztem Buch.

In ähnlicher Weise wurde gefragt: Warum gibt es keine städtische Gewalt in Deutschland? Interessanterweise beziehen sich deutsche Autoren wie Tim Lukas, Carsten Keller, und Dietmar Loch, die sich dieser deutschen Gewaltlosigkeit widmen, stark auf die französische Situation.³¹ Kaum zur Kenntnis genommen wurde dabei aber die Analyse des französischen Soziologen Hugues Lagrange, nach der die französische Situation der US-amerikanischen stark ähnele.³² Aufgrund der systematischen Analyse der Bevölkerungsstrukturen von 350 Städten, die von den Aufständen von 2005 betroffen waren, wies Lagrange darauf hin, dass der Ausbruch von Gewalt weniger wahrscheinlich ist, wo die Segregation sehr stark oder besonders schwach ist. Städtische Gewalt komme doppelt so häufig vor, wo die Segregation durchschnittlich ist, das heißt dort, wo sich beispielsweise die Migrationsbevölkerung aus den Vorstädten ein wenig mit weißer, französischer Bevölkerung der Stadtzentren mischt. Was aber die US-amerikanische von der französischen Situation unterscheidet, ist die Tatsache, dass die Machtverteilung in den französischen Städten unverändert geblieben ist. Heute haben ein Drittel der *major cities* in den Vereinigten Staaten afro-amerikanischen Bürgermeister.³³ Frankreich ist in dieser Hinsicht wenig fortschrittlich. Liegt hierin eine Erklärung für die bemerkenswert regelmäßige Wiederkehr der städtischen Gewalt in Frankreich?

Raumaufteilung wird insbesondere in solchen Ländern zur Grundbedingung städtischer Gewalt, in denen die Anziehungskraft der Städte besonders ausgeprägt ist. In Südafrika, so stellt Laurent Fourchard heraus, war Stadtpolitik immer an der Abschottung gegenüber der nicht-urbanen

²⁹ John Hagan, *Who Are the Criminals? The Politics of Crime Policy from the Age of Roosevelt to the Age of Reagan*, Princeton: Princeton University Press, 2010.

³⁰ Michael B. Katz, *Why Don't American Cities Burn?*, Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 2012.

³¹ Siehe Fußnote 1.

³² Hugues Lagrange, „The French riots and urban segregation“, in : David Waddington et al., *Rioting in the UK*, 107-122.

³³ Katz, *Why Don't American Cities Burn?*

Bevölkerung orientiert.³⁴ So unterschied beispielsweise die südafrikanische Regierung nicht zwischen Schwarzen und Weißen bzw. nicht nur zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen, sondern mittels eines Gesetzes von 1923 zwischen „städtischer Bevölkerung“, also den gebildeten städtischen Honoratioren und den Unternehmer und Arbeitgebern, den *temporary sojourners*, d.h. den Wanderarbeitern vom Land, die nur befristete Aufenthaltsgenehmigungen hatten, sowie den Ausgestoßenen und Müßiggängern. Sowohl die Einführung der Apartheid in den 1950er Jahren und die Unfähigkeit der städtischen Behörden, das Gesetz von 1923 aufrechtzuerhalten, führte 1958 zu einer Verschärfung der Aufenthaltspolitik gegenüber Frauen und jungen Arbeitslosen in Sharpeville, die sich zwei Jahre später in einer städtischen Revolte entlud. Dabei tötete die Polizei siebzig Personen, unter ihnen mehrheitlich Frauen, die von der über Nacht geänderten Aufenthaltsregelung betroffen waren.

Auch in unseren Breitengraden können ähnliche Zusammenhänge beobachtet werden. So hat der französische Politikwissenschaftler Hugues Lagrange darauf hingewiesen, dass in der Mehrheit der 350 Städte, die von den französischen Vorortrevolten 2005 betroffen waren, ein Abkommen zwischen Stadt und Zentralregierung bestand, das eine baldige Stadtsanierung vorsah. Diese Abkommen haben die Bewohner zutiefst verunsichert und damit maßgeblich dazu beigetragen, dass der Tod zweier Jugendlicher in *Clichy-sous-Bois* am 27. Oktober 2005 als Anlass für Ausschreitungen dienen konnte. Wir müssen also davon ausgehen, dass der Raum, und insbesondere die Veränderung seiner Verteilung, zentral für die Entstehung städtischer Gewalt ist. Er ist nicht nur ihr Rahmen, sondern auch ihre Quelle.

These 4: Der urbane Raum als politischer Horizont urbaner Gewalt

Der Raum definiert die physischen Grenzen und die Topographie des Schlachtfeldes der städtischen Gewalt. Von daher prägt er die Praktiken der Gewalt und trägt auch zur politischen Identitätsbildung der gewaltbereiten Akteure bei. Dies erklärt sich unter anderem aus der Tatsache, dass „städtische Gewalt“ bisweilen hochgradig ritualisiert ist. Dies gilt z.B. für Gewalttaten wie sie früher die 1. Mai-Demos in Berlin oder die Chaostage in Hannover darstellten. Rituale entstehen aber auch unabhängig vom Kalender, wie die Banlieuerevolten in Frankreich zeigen. Seit Ende der 1970er Jahren verlaufen diese nach dem gleichen Schema. Am Anfang steht ein realer oder vermeintlicher Polizeiübergreif gegen Jugendliche der Plattenbausiedlungen, dann kommt es zu Ansammlung wütender Menschen, wobei dabei in der

³⁴ Laurent Fourchard, „Dealing with ‚strangers‘: Allocating urban space to migrants in Nigeria and French West Africa, end of the Nineteenth Century to 1960“, in: Paul Nugent (Hg.), *African Cities: Competing Claims on Urban Spaces*, Francisca Locatelli, Leiden: Koininklijke Brill NV, 2009, 187-218.

Regel Autos in Brand gesetzt werden. Die einrückende Bereitschaftspolizei wird angegriffen und das ganze kann sich, begleitet von mehr oder weniger intensiver Medienberichterstattung, zwei oder drei Nächte hinziehen.³⁵

Was sagt uns dieses Ritual? Reduziert städtische Gewalt sich in Frankreich auf das Abbrennen von Autos der Nachbarn, Freunde und Eltern? Das wäre gewiss eine allzu vereinfachte Annahme. Vielmehr zeigt die empirische Untersuchung, dass viele dieser Brandstiftungen im Zusammenhang von Versicherungsbetrug zu sehen sind. Andere Autos werden von den Gewaltakteuren, die ich beforscht habe, als die Autos „von Rassisten“ oder von Menschen, „denen überhaupt nichts an unserem Kiez liegt“, identifiziert. Wirtschaftsrationalität und politische Beweggründe gibt es also selbst in den ritualisierten Formen städtischer Gewalt.

Aber warum Autos? Auch hier ist eine genaue Analyse von Raumkonfigurationen und Handlungsmöglichkeiten geboten. Die Strategie der Polizei hat sich seit Ende der 1970er Jahre nicht geändert. Ihr geht es darum, Revolten räumlich einzuhegen, damit sie auf keinen Fall die wohlhabenderen Gegenden erreichen, in denen die Menschen an Wahlen teilnehmen und dadurch politischen Druck entwickeln können. Es geht also um eine Absicherung bestehender sozialer und politischer Hierarchien, die nicht einmal unbedingt an strafrechtlicher Verfolgung interessiert ist. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Spiegelstrategie der Gewaltakteure, die sich, wie es Michael Keith für das englische Beispiel gezeigt hat, nicht aus ihren Kiezen trauen und kein Interesse an der Ausbreitung der Gewalt haben. Die Polizeistrategie und der politische Horizont der Gewaltakteure führen zu einer Beschränkung der Revolten auf einen bestimmten städtischen Raum und verstärkt damit die räumlich definierte Identität der Beteiligten. Der Handlungshorizont ist nicht die Stadt sondern der Stadtteil, was erklärt, dass städtische Gewalt in der Regel keine revolutionäre Gewalt ist.

Ich will die Erklärung dieses Phänomens mit einem 2008 in Frankreich verabschiedeten Gesetz beginnen, das bisher wenig öffentliche Aufmerksamkeit erregt hat. Ich habe auf die eindämmende Polizeistrategie in den Stadtteilen hingewiesen, die als gefährlich gekennzeichnet werden. Diese Polizeistrategie entspricht einer politischen Strategie der Schadensbegrenzung. Welches sind die Stadtteile, die in Frankreich seit dem Ende der 1970er Jahre Schlagzeilen gemacht haben? Es sind Gebiete, in denen nur wenig Einkommensteuer bezahlt wird und wo die Wahlbeteiligung sehr gering ist. Das Gesetz von 2008, das von allen Parteien im Parlament befürwortet wurde, sieht vor, dass die Halter von im Rahmen städtischer Gewalt zerstörter PKW

³⁵ Jobard, „Die Aufstände in Frankreich“.

vom Staat entschädigt werden. Ziel ist es, dass die städtische Gewalt die anständigen Bürger vor Ort nichts kostet. Zusammen mit der räumlichen Begrenzung der Gewalt soll dieses Gesetz dazu dienen, auch den politischen Resonanzraum der städtischen Gewalt einzudämmen.

Dies beobachtet der Schweizer Patrick Haenni auch für die Stadt Kairo.³⁶ Sie besteht aus riesigen Stadtteilen, die über Nacht aus der Erde gestampft wurden und in denen die öffentlichen Sicherheitskräfte und Verwaltungen nur unter größten Anstrengungen eine minimale Präsenz gewährleisten können. Viele Viertel werden daher von Straßenkriminellen verwaltet. Im Laufe der 1980er Jahre betrachtete die Regierung den Einfluss radikaler Islamisten mit wachsender Besorgnis, da sie sich weder gegen die Straßenkriminellen, noch gegen die Islamisten vorzugehen traute. Daher appellierte sie an die USA und bat um Subventionen, um die gefährlichen Stadtteile zu sanieren und insbesondere ein Kanalisationsnetz aufzubauen. Der wachsende Islamismus sollte also mit Mitteln der Stadtsanierung bekämpft werden. Die Sperrung ganzer Stadtteile für die Zeit der Sanierungsarbeiten führte nun allerdings dazu, dass die Islamisten sie sich von den Behörden unbehelligt zu eigen machen konnten. Letztlich gelang es ihnen sogar, eine Militarisierung gewaltbereiter Jugendlicher durchzusetzen und kleine kriminelle „islamistische Vereinigungen“ zu gründen. Die Gewaltausbrüche gegen die Kopten von 1991 sind unmittelbar auf das Verschwinden der öffentlichen Behörden aus solchen Stadtteilen zurückzuführen. Allerdings sollte die sogenannte islamistische Radikalisierung nicht überschätzt werden: Patrick Haenni hat eine Analyse der Halbstarke-Gesänge vorgenommen. Bemerkenswert ist dabei, dass die mit religiösen Motiven durchsetzten Lieder eigentlich Melodien der kleinen Fußballvereine waren. Der Horizont der städtischen Gewalt ist nach wie vor der Stadtteil, in dem sie ihren Ursprung hatte.

Der städtische Raum ist nicht nur der spatiale Rahmen der städtischen Gewalt, der sich zugleich an ihrem Ursprung befindet. Der Raum prägt auch die Formen der Gewalt, inklusive ihrer symbolischen Ausprägungen. Das ägyptische Beispiel zeigt darüber hinaus, wie die Handlungsmöglichkeiten der Akteure durch Stadtplaner geprägt sind und wie sich durch Verräumlichung lokale politische Identitäten bilden.

These 5: Urbane Gewalt als Lokalpolitik

So betrachtet ist die Stadt ein politischer Spielraum, d.h. ein Raum mit eigenen politischen Regeln. In diesem abgegrenzten Raum sind gewisse Handlungen zwischen legitimen politischen

³⁶ Haenni, *L'ordre des caïds*.

Akteuren und gewaltbereiten Akteuren zu beobachten. Gleichwohl ist die städtische Gewalt, die umgrenzte Zonen in der Regel nicht verlässt, keine revolutionäre Gewalt. Sie bezieht sich vielmehr auf lokalpolitische Anliegen. Wie aber macht man Lokalpolitik mit städtischer Gewalt? Hinter dieser Frage versteckt sich wiederum das Problem der Verteilung von Ressourcen durch Stadtpolitiken. Javier Auyero spricht von der städtischen Gewalt als Phänomen, das sich immer im „finsteren Raum“ der Politik abspielt.³⁷ Ich möchte nun diesen finsternen Raum betreten.

Martin Sanchez Jankowski hat in seiner Studie über 37 Gangs aus New York, Chicago und Los Angeles auf deren Vernetzung mit offiziellen politischen Akteuren hingewiesen.³⁸ Die Gangs trügen zu einer gewissen Stabilität der Innenstädte bei, v.a. was die Verteilung und den Austausch wirtschaftlicher und politischer Ressourcen angeht. Die Gangs kontrollierten die Einführung neuer Rauschmittel aber auch legaler Güter und verhandelten mit den lokalen Behörden über die Aufteilung der Stadt. So könnten Gangmitglieder, die als Sozialarbeiter angestellt werden, positiv auf die Mobilisierung afroamerikanischer Nicht-Wähler wirken, wie es Spergel für das Chicago der 1960er³⁹ und Venkatesh für das der 1990er⁴⁰ gezeigt haben – ohne allerdings die Rolle der Gangs in den urbanen *political machines* des 19. Jahrhunderts zu erwähnen. Die Gangs lassen die Politiker in ihre Kieze und erhalten im Gegenzug von diesen Politikern bestimmte Ressourcen. Damit tragen die kriminellen Banden sowohl zur Alltagsgewalt als auch zu ihrer Beschränkung bei. Städtische Gewalt ist in diesem Zusammenhang ein Symptom für die Unfähigkeit der Gangs, ihre Ordnungsfunktion im Kiez zu erfüllen, und/oder ein Zeichen dafür, dass sich Politiker neue lokale Ansprechpartner suchen wollen.

Ähnlich wie Spergels Beschreibungen von Chicago in den 1960er Jahren hat Marwan Mohammed in seiner Studie zum französischen Vorort *Villiers-sur-Marne* im Pariser Großraum auf das Repertoire der Gewalt bzw. der Gewaltandrohung hingewiesen.⁴¹ Obwohl diese Stadt von einem prominenten Vertreter der *law-and-order*-Politik regiert wird, der sich obendrein gerne mit rassistischen Äußerungen hervortut (wie nach den Aufständen von 2005, die er ausdrücklich auf die Polygamie der Familien aus Afrika zurückführte), sind der Lokalpolitik in gewisser Weise die Hände gebunden. Man sah sich gezwungen, Arbeitsplätze in Jugendzentren gerade an die

³⁷ Javier Auyero, *Routine Politics and Violence in Argentina: The Gray Zone of State Power*, Cambridge: Cambridge University Press, 2007.

³⁸ Martin S. Jankowski, *Islands in the Street: Gangs and American Urban Society*, Berkeley: University of California Press, 1991.

³⁹ Irving A. Spergel, „Youth gangs: continuity and change“, in: *Crime and Justice* 12 (1990): 171-275.

⁴⁰ Sudhir A. Venkatesh, „The social organization of street gang activity in an urban ghetto“, in: *American Journal of Sociology* 103, 1 (1997): 82-111.

⁴¹ Marwan Mohammed, „Youth gangs, riots and the politicisation process“, in: Waddington et al., *Rioting in the UK*, 157-172.

schlimmsten jugendlichen Unruhestifter der Gemeinde zu geben, die überdies auch noch afrikanischer Herkunft waren. Kurz nach den Aufständen von 2005, von denen *Villiers-sur-Marne* aus unterschiedlichen Gründen erstaunlicherweise nicht betroffen war, wollte der Bürgermeister ein neues Kulturzentrum mit Arbeitslosenberatungsstelle und Boxring einweihen. Einige Tage nach der Einweihung der Einrichtung versuchten ein paar Mitglieder einer Clique von 15-17jährigen, den Motorroller eines Wachmanns zu stehlen, und hinterließen dabei ein paar ungezündete Molotov-Cocktails. Zwar wurde Anzeige erstattet, aber zugleich wurde die Jugendbande von der Leiterin eines lokalen Vereins zu einer Versammlung in der neuen Einrichtung geladen. Als die Jugendlichen auf Vorwürfe gefasst auf der Versammlung erschienen, wurden sie überraschenderweise von dem etwa nervösen Bürgermeister und Mitarbeitern seines Kabinetts empfangen. Die Jugendlichen wurden zu ihrer noch größeren Überraschung nach ihren Wünschen und Erwartungen befragt. In diesem Moment muss sich die Jugendbande der Macht von Gewaltdrohungen bewusst geworden sein. Marwan Mohammed beschreibt nun, wie die Jugendlichen, die aufgrund ihres Alters weniger von der Staatsanwaltschaft zu befürchten haben, nach diesem Treffen von den Älteren des Stadtteils benutzt wurden, um ab und zu Druck auf die lokale Politik auszuüben. Die Gewaltbereitschaft der Jüngsten wird dadurch zu einer politischen Ressource. Die gewaltbereiten Akteure haben nicht trotz, sondern wegen ihres Vergehens einen Verhandlungsspielraum eröffnet.

So bilden gewaltbereiten Akteure einen Teil der lokalen Bevölkerung, der lokalen politischen Gemeinschaft. Als solche entwickeln sie einen Anspruch auf politische und wirtschaftliche Ressourcen, eine Art *street politics* in der Gewalt und Ausübung politischer Befugnisse ununterscheidbar sind.⁴²

Was steckt also hinter eingeworfenen Fensterscheiben, dem Abbrennen von Autos oder dem Brand einer lokalen Bibliothek? Wenn darüber in der französischen Presse berichtet wird, ist oft von Wut gegen einen gewissen fremden- oder islamfeindlichen Bürgermeister die Rede. Oder von der Bibliothek als Symbol der Klassenherrschaft. Oder von beidem. Was allerdings nicht in den Blick kommt, ist, dass wir es mit Sachbeschädigungen als einem Mittel, politische Ressourcen zu beanspruchen, zu tun haben.

Erinnern wir uns daran, dass 2013 die Immunität des französischen Abgeordneten und Milliardär Serge Dassault im Rahmen einer Mordermittlung aufgehoben wurde. Dem Luftfahrt- und

⁴² Beispiele jenseits der häufig untersuchten Länder liefern die Aufstände von 1959, 1979 und 2009 in Uganda; dazu Florence Brisset-Foucault, „What do people do when they riot? Patterns of past and present street politics in Uganda“, in: American Society of Anthropology, Annual Meeting Paper, 2014.

Rüstungsunternehmer, der gleichzeitig Bürgermeister des verarmten Vororts *Corbeil* war, wurde vorgeworfen, einen Mord an einem lokalen Halbstarcken beauftragt zu haben, da dieser ihn mit Enthüllungen über den Kauf von Wahlstimmen erpresst haben soll. Das Beispiel zeigt ein weiteres Mal die künstliche Trennung zwischen einem gewaltfreien Normalzustand und der städtischen Gewalt.

An dieser Stelle muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass die Verwirklichung des staatlichen Gewaltmonopols im städtischen Raum die Ausnahme darstellt. Meistens praktizieren die Behörden eine Strategie, die amerikanische Polizeisozioologen mit dem Begriff der *Multilateralisation* der Polizeiaufgaben fassen. Es geht dabei darum, in bestimmten Gegenden mit lokalen Machthabern bei der Herstellung von Sicherheit zusammenzuarbeiten. Dafür gab es früher in Nordamerika den Begriff des *Vigilantismus*.

Derartige Phänomene sind auch in anderen Kontexten zu beobachten, so etwa im Zusammenhang mit dem Aufstand im südafrikanischen Soweto von 1976. In diesem riesigen Ghetto wurde die Ordnung durch ein dunkles Netzwerk von Gruppierungen gewährleistet. Deren Autorität konstituierte sich traditionell nach einem aus ländlichen Regionen mitgebrachten Altersprinzip. Nun hatte sich Soweto im Laufe der Zeit aber zunehmend vom Land abgekoppelt. Das städtische Ghetto hatte seine eigenen Kinder sozialisiert und zwar vor allem durch Brutalität und Gewalt. Der Aufstand von 1976 ist daher nichts anderes als die Übernahme der Macht durch die gewalttätige „Jugend“ von den traditionellen Ordnungsträgern. Mit der Unterstützung der Regierung ist diese Jugend zum neuen Ordnungsträger geworden sobald sie sich mit den Behörden darauf geeinigt hatte, die Grundsätze der südafrikanischen Ordnung nicht infrage zu stellen. Die Situation in Abidjan ist von der sogenannten „Politik des Gbonhi“ geprägt – „Gbonhi“ bezeichnet im Lokalslang den charismatische Gauner, der seine Fähigkeiten in Straßenkonfrontationen und -plünderungen beweist und der daher gewaltbereite und einsatzfähige jüngere Gefolgsleute an sich bindet.⁴³ Anlässlich eines möglichen Regimewechsels werden diese aus den Ruinen städtischer Gewalt erwachsenen Gruppen zu paramilitärischen, militärischen oder polizeilichen Sicherheitsorganisationen umgeformt. Städtische Gewalt weist den Weg zum Gewaltmonopol und zur Staatsformation.

Städtische Gewalt ist also in gewissen politischen Räumen ein probates Mittel, um Ressourcen zu beanspruchen. Dies gilt, obwohl wir in den betrachteten Fällen sehr weit von einer Umwälzung

⁴³ Richard Banégas, „La politique du ‘gbonhi’“. Mobilisations patriotiques, violence milicienne et carrières militantes en Côte d’Ivoire“, in: *Genèses* 80 (2010): 26.

der politischen Ordnung als ganzer entfernt sind. Das führt zur letzten These, welche sich mit der Reaktion des Staates auf städtische Gewalt bzw. die Beziehungen zwischen nationaler Politik und städtischer Gewalt beschäftigt.

These 6: Städtische Gewalt und der Staat

Heißt das bisher Gesagte, dass es keine Beziehung zwischen der städtischen Gewalt und der „großen“ Politik des Staates gibt? Die Frage ist klar zu verneinen. Städtische Gewalt kann für die staatliche Politik von Nutzen sein und die gewaltbereiten Akteure sehen ihrerseits städtische Gewalt als Mittel zum Zugriff auf staatliche Ressourcen. So kann städtische Gewalt zum Teil der „normalen“ Politik werden.

So gesehen ist städtische Gewalt ein ritualisiertes und zugleich rationales politisches Mittel. Es wird in Frankreich darüber diskutiert, ob der Staat ausreichende öffentliche Mittel zur Verbesserung der Situation in die benachteiligten Stadtteile hat fließen lassen. Unumstritten hingegen ist, dass die ständigen Unruhen der französischen Vororte in den letzten dreißig Jahren einen starken Einfluss auf die Gestaltung der nationalen politischen Agenda in Frankreich gehabt haben. Somit lässt sich die provokative These der *disruptive politics* der beiden US-amerikanischen Politikwissenschaftler Frances Fox Piven und Richard Cloward bestätigen:⁴⁴ Unruhen und kollektive Gewalthandlungen bringen der Arbeiterbewegung mehr ein, als die gewerkschaftliche und legale politische Mobilisierung.

Die städtische Gewalt sollte aber auch als ein „Produkt zweiter Ordnung“ betrachtet werden, wie man mit Rückgriff auf Niklas Luhmann sagen könnte – nämlich als ein Ereignis, das nur durch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu einem politischen Geschehen wird. In dieser Hinsicht ist städtische Gewalt auch eine gute Gelegenheit für Politiker, die sich einen Weg in die Sphären der Macht bahnen wollen. Sie können sich dabei das Bild des Verständnissvollen oder des Unnachgiebigen geben. So hat die städtische Gewalt Nicolas Sarkozy bei den Präsidentschaftswahlen von 2007 ermöglicht, Stimmen des *Front National* und eines Teils der bürgerlichen Linken zu gewinnen.⁴⁵

⁴⁴ Frances F. Piven & Richard Cloward, *Poor People's Movements: Why They Succeed, How They Fail*, New York: Vintage Books, 1979.

⁴⁵ Bruno Cautrès & Alistair Cole, „The 2007 French elections and beyond“, in: Alistair Cole, Patrick Le Galès & Jonah Levy (Hg.), *Developments in French Politics*, Bd. 4, Basingstoke: Palgrave MacMillan, 2008, 22-41.

Somit ist die Konstellationen, in der *disruptive politics* stattfindet, alles andere als eindeutig. Der Preis der städtischen Gewalt ist hoch: Verschärfung der Strafgesetze, Erhöhung der Zahl der Gefängnisinsassen, Entstehung des Bildes der so genannten *classes dangereuses* sowie tatsächliche Ausgrenzung und letztendlich, besonders in Amerika, Flucht der Anständigen. Bereits 1969 sprach ein Politikwissenschaftler in diesem Zusammenhang vom „hollow prize of Black control of central cities“ am Beispiel von Detroit und anderen Städten.⁴⁶ Sogar Barack Obama nutzte das Schlagwort des *hollow-prize* als Kernargument seiner Wahlkampagne 2008. Ob dies etwas an der Armut und Gewaltbereitschaft der amerikanischen Städte geändert hat, ist fraglich.

Städtische Gewalt ist zwar eine politische Strategie, die sich als wirksam erweisen kann. Die Gegengewalt, die auf sie reagiert, kann allerdings ins Unmäßige überschlagen, unabhängig davon, ob sie aus der aktiven Politik oder aus der weniger sichtbar agierenden Wirtschaft kommt. Sie kann auch in andere Gewaltformen münden, wie die Massaker, die 2005 im Stadtkern von Paris stattgefunden haben, zeigen.⁴⁷ Die städtischen Revolten verliefen in Frankreich in der Regel nach dem gleichen Schema: Am Anfang steht ein realer oder vermeintlicher Polizeiübergriff gegen Jugendliche der Plattenbausiedlungen, dann kommt es zu Versammlungen wütender Menschen, wobei häufig Autos in Brand gesteckt werden. Die anrückende Bereitschaftspolizei wird angegriffen, und das Ganze kann sich zwei bis drei Nächte bei mehr oder weniger intensiver Medienberichterstattung hinziehen. Wie wir es gesehen haben verengen die Polizeistrategie sowie der politische Horizont der Gewaltakteure die Revolten auf einen bestimmten städtischen Raum und verstärken damit die räumlich definierte Identität. Der Handlungshorizont der jungen Rebellen ist nicht die Stadt, sondern der Stadtteil.

Was aber haben ihnen diese Aufstände gebracht? Aus der Sicht der Aufständischen zu wenig. Vielleicht lässt sich so die Verschiebung der städtischen Gewalt ins Zentrum der Hauptstadt hinein erklären, die nicht nur als Bruch mit den ritualisierten Taktiken des urbanen Aufstandes, sondern zugleich auch als Fortsetzung eines Kampfes zu verstehen ist, der auf die soziale Entwicklung des Pariser Großraums zurückgeht.

Die friedlichen Pariser Bezirke um den *Canal St. Martin* gehören tatsächlich zu den ersten Gegenden, die vom sozialen Umsturz der Stadtsanierung des damaligen Bürgermeisters Jacques

⁴⁶ H. Paul Friesema, „Black control of central cities: The hollow prize“, in: *Journal of the American Institute of Planners* 35, 2 (1969): 75-79.

⁴⁷ Fabien Jobard, „Paris: Eine soziale Geschichte der Gewalt“, in: *soziopolis* [online 2016, konsultiert am 4.3.2019] <http://www.sozopolis.de/beobachten/raum/artikel/paris>.

Chirac (1977-1995) betroffen waren – also eine ärmere Gegend, in der einst die Pariser Kommune entstand und die ab 1983 einem massiven Renovierungsprogramm unterzogen wurde. Wie tiefgreifend die Sanierungsprozesse wirkten, welche die Aneignung der Kieze durch neue Eigentümer und die Verdrängung der dort lebenden Arbeiterfamilien in die neuen Plattenbauten der *Banlieue* bewirkten, lässt sich in Karten ablesen, die von der Geographin Anne Clerval gezeichnet wurden.⁴⁸ Sie dokumentieren sowohl den Abriss hygienisch bedenklicher Wohnungen und Stadtteile – wie eben auf den beiden Seiten der Rue du Faubourg du Temple –, als auch die Eroberung der Stadtteile vom *Gare du Nord* bis zur *Place de la Bastille* durch die Mittelschichten in den 1980er und 1990er Jahre. Genau diese Kieze sind die Ziele der Angreifer in der tödlichen Terrorwelle vom November 2015 gewesen. Sicherlich sind diese blutigen Handlungen Reaktionen auf die schweigende strukturelle Gewalt der Ausgrenzung, aber auch auf die Lektionen aus 35 Jahren städtischer Gewalt. Nicht die Zentren der politischen Macht waren die Ziele der meist im Pariser Großraum großgewordenen Terroristen, sondern eben jene Orte, die sich allmählich die jüngere Bourgeoisie angeeignet hatte, jenes linke und weltoffene Pariser Milieu, das, wenn auch nicht ohne Bedenken und soziales Engagement, die Cafés, Bars und Kultureinrichtungen frequentiert, die ihnen nach 35 Jahren städtischer Sanierungen zur Verfügung stehen und zu denen den jungen Migrant*innen mithilfe privater Sicherheitskräfte, der Zugang meist verweigert wird. Zumindest in Paris ist Terror auch Ausdruck von vierzig Jahren Stadttransformationen, also einer langjährigen und komplexen sozialen Dynamik,⁴⁹ die letztlich in Gewaltakte mündete.

Fabien Jobard, Politikwissenschaftler und Soziologe, ist Forschungsprofessor am *Centre de recherche sociologique sur le droit et les institutions pénales* (CESDIP, Versailles) und am Centre Marc Bloch (Berlin); E-Mail: fabjob@cesdip.fr.

⁴⁸ Anne Clerval, „The spatial dynamics of gentrification in Paris: a synthesis map“, in: *Cybergeo: European Journal of Geography. Espace, Société, Territoire*, document 553 [online am 21. Oktober 2011; konsultiert am 29. April 2016] <http://cybergeo.revues.org/23745> ; doi:10.4000/cybergeo.23745.

⁴⁹ Zur Rolle der Eigendynamik in der Gewaltforschung, s. Peter Waldmann, „Zur Asymmetrie von Gewaltdynamik und Friedensdynamik am Beispiel von Bürgerkriegen und bürgerkriegsähnlichen Konflikten“, in: Wilhelm Heitmeyer & Hans-Georg Soeffner (Hg.), *Gewalt: Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, Frankfurt: Suhrkamp Verlag, 2004, 246-264 und den Kommentar von Wolfgang Knöbl, „Perspektiven der Gewaltforschung“, in: *Mittelweg* 36 26, 3 (2017): 16-17.

Literatur

Abu-Lughod, Janet L., *Race, Space, and Riots in Chicago. New-York and Los Angeles*, Oxford: Oxford University Press, 2007.

Auyero, Javier, „The political makings of the 2001 lootings in Argentina“, in: *Journal of Latin American Studies* 38, 2 (2006): 241-265.

Auyero, Javier, *Routine Politics and Violence in Argentina: The Gray Zone of State Power*, Cambridge: Cambridge University Press, 2007.

Banégas, Richard, „La politique du ‘gbonhi’. Mobilisations patriotiques, violence milicienne et carrières militantes en Côte d’Ivoire“, in: *Genèses* 80 (2010): 26.

Bauman, Zygmunt, „Interview. Zygmunt Bauman on the UK riots“, in: *Social Europe* [online am 11.8.2011, konsultiert am 4.3.2019] <https://www.socialeurope.eu/2011/08/interview-zygmunt-bauman-on-the-uk-riots/>.

Bauman, Zygmunt, „The London riots. On consumerism coming home to roost“, in: *in: Social Europe* [online am 9.11.2011; konsultiert 2017; nicht mehr verfügbar].

Bourdieu, Pierre, „Une classe objet“, in: *Actes de la recherche en sciences sociales* 17-18, 1 (1977): 2-5.

Brass, Paul R., *Riots and Pogroms*, New York: New York University Press, 1996.

Brisset-Foucault, Florence, „What do people do when they riot? Patterns of past and present street politics in Uganda“, American Society of Anthropology, Annual Meeting Paper, 2014.

Cautrès, Bruno & Alistair Cole, „The 2007 French elections and beyond“, in: Alistair Cole, Patrick Le Galès & Jonah Levy (Hg.), *Developments in French Politics*, Bd. 4, Basingstoke: Palgrave MacMillan, 2008, 22-41.

Clerval, Anne, „The spatial dynamics of gentrification in Paris: a synthesis map“, in: *Cybergeo: European Journal of Geography: Espace, Société, Territoire*, document 553 [online am 21.10.2011, konsultiert am 4.3.2019] <http://cybergeo.revues.org/23745>.

Fourchard, Laurent, „Dealing with ‚strangers‘: Allocating urban space to migrants in Nigeria and French West Africa, end of the Nineteenth Century to 1960“, in: Francisca Locatelli & Paul Nugent (Hg.), *African Cities: Competing Claims on Urban Spaces*, Leiden: Koninklijke Brill NV, 2009, 187-218.

Frenzel, Janna, Philippe Greif, Fabian Klein & Sarah Uhlmann, „Riots‘: Zur Verortung eines unscharfen Phänomens“, in: *sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 4, 1 (2016): 7-24.

Frieseema, H. Paul, „Black control of central cities: The hollow prize“, in: *Journal of the American Institute of Planners* 35, 2 (1969): 75-79.

Haenni, Patrick, *L'ordre des caïds: conjurer la dissidence urbaine au Caire*, Paris & Kairo: Karthala/CEDEJ, 2005.

Hagan, John, *Who Are the Criminals? The Politics of Crime Policy from the Age of Roosevelt to the Age of Reagan*, Princeton: Princeton University Press, 2010.

Hall, Stuart, „The Saturday Interview : Stuart Hall“, in: *The Guardian*, 11. Feb. 2012.

Jankowski, Martin S., *Islands in the Street: Gangs and American Urban Society*, Berkeley: University of California Press, 1991.

Jobard, Fabien, „Die Aufstände in Frankreich. Politisierungsformen des urbanen Elends“, in: Ellen Bareis & Thomas Wagner (Hg.), *Politik mit der Armut: Europäische Sozialpolitik und Wohlfahrtproduktion ‚von unten‘*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 2015, 240-260.

Jobard, Fabien, „Paris: Eine soziale Geschichte der Gewalt“, in: *soziopolis* [online 2016, konsultiert am 4.3.2019] <http://www.sozopolis.de/beobachten/raum/artikel/paris>.

Jobard, Fabien & Philippe Greif, „Riot – warum denn riot? Gibt es keinen deutschen Begriff dafür?“, in: *sub/urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 4, 1 (2016): 131-142.

Katz, Michael B., *Why Don't American Cities Burn?*, Philadelphia: University of Pennsylvania Press, 2012.

Keller, Carsten, „Französische Zustände überall? Segregation und die Dispersion von Konflikten in europäischen Städten“, in: Bernd Belina, Norbert Gestring, Wolfgang Müller & Detlev Sträter (Hg.), *Urbane Differenzen: Disparitäten innerhalb und zwischen Städten*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 2011, 231-249.

King, Martin Luther, *Interview with Mike Wallace*, CBS Reports, 27. Sept. 1966.

Knöbl, Wolfgang, „Perspektiven der Gewaltforschung“, in: *Mittelweg 36* 26, 3 (2017): 4-27.

Lagrange, Hugues, „The French riots and urban segregation“, in: Dave Waddington, Fabien Jobard & Mike King (Hg.), *Rioting in the UK and France: A Comparative Analysis*, Cullompton: Willan, 2009, 107-122

Loch, Dietmar, „Pourquoi n’y a-t-il pas d’émeutes urbaines en Allemagne ?“, in: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 34,2 (2008): 281-306.

Lukas, Tim, „Why are there no riots in Germany?“, in: David Waddington, Fabien Jobard, Mike King (Hg.), *Rioting in the UK and France: A comparative analysis*, Cullompton: Willan, 2009, 216-224.

Malinowski, Stephan & Alexander Sedlymaier, „1968 als Katalysator der Konsumgesellschaft. Performative Regelverstöße, Kommerzielle Adaptionen und ihre gegenseitige Durchdringung“, in: *Geschichte und Gesellschaft* 32 (2006): 238-267.

Marx, Gary T., „Issueless riots“, in: *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 391 (1970): 21-33.

Marx, Karl, „Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, in: *Marx-Engels-Werke*, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 8, Berlin: Dietz Verlag, 1960, 111-207.

Mauger, Gérard, *L’émeute de novembre 2005: une révolte protopolitique*, Bellecombe-en-Bauges: Éditions du Croquant, 2006.

Mohammed, Marwan. „Youth gangs, riots and the politicisation process“, in: Dave Waddington, Fabien Jobard & Mike King (Hg.), *Rioting in the UK and France: A Comparative Analysis*, Cullompton: Willan, 2009, 157-172.

Naegler, Laura, „Vom kriminellen Raum zum widerständigen Raum. Gentrifizierungswiderstand im Hamburger Schanzenviertel“, in: *Kriminologisches Journal* 45, 3 (2013): 195-209.

Piven, Frances F. & Richard Cloward, *Poor People's Movements: Why They Succeed, How They Fail*, New York: Vintage, 1979.

Rosenfeld, Michael, „Celebration, politics, selective looting and riots: A micro level study of the Bulls Riot of 1992 in Chicago“, in: *Social Problems* 44, 4 (1997): 483-502.

Siméant, Johanna, „Three bodies of moral economy: the diffusion of a concept“, in: *Journal of Global Ethics* 11, 2 (2014): 163-175.

Siméant, Johanna, *Contester au Mali: Formes de la mobilisation et de la critique à Bamako*, Paris: Karthala, collection „Les Afriques“, 2014.

Spergel, Irving A., „Youth gangs: Continuity and change“, in: *Crime and Justice* 12 (1990): 171-275.

Stark, Rodney, *Police Riots: Collective Violence and Law Enforcement*, Belmont/Cal.: Wadsworth, 1972.

Traugott, Mark, *Armies of the Poor: Determinants of Working-Class Participation in the Parisian Insurrection of June 1848*, Princeton: Princeton University Press, 1985.

Venkatesh, Sudhir A., „The social organization of street gang activity in an urban ghetto“, in: *American Journal of Sociology* 103, 1 (1997): 82-111.

Wacquant, Loïc, „Die Wiederkehr des Verdrängten. Unruhen, ‚Rasse‘ und soziale Spaltung in drei fortgeschrittenen Gesellschaften“, in: Robert Castel & Klaus Dörre (Hg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt & New York: Campus, 2009, 85-112.

Waldmann, Peter, „Zur Asymmetrie von Gewaltdynamik und Friedensdynamik am Beispiel von Bürgerkriegen und bürgerkriegsähnlichen Konflikten“, in: Wilhelm Heitmeyer & Hans-Georg Soeffner (Hg.), *Gewalt: Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, Frankfurt: Suhrkamp Verlag, 2004, 246-264.

Žižek, Slavoj, „Shoplifters of the World Unite“, in: *London Review of Books*, 19. Aug. 2011.